

Die am seben Wochenabend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Verleihung gelangende unparteiische Zeitung „Sächsischer Landes-Anzeiger“ mit täglich einem Extra-Beilblatt:

1. Kleine Post-Schafft
2. Sächsischer Erzähler
3. Sächsische Geschichtszeitung
4. Sächsisches Alsterlei
5. Illust. Unterhaltungsblatt
6. Sonntagsblatt
7. Lustiges Bilderbuch

festet bei den Ausgabestellen monatlich 10 Pf., bei den Post-Amtstheilen 75 Pf.

Sächsischer Landes-Anzeiger.

Verbreitetstes unparteiisches tägliches Volksblatt.

Die Hauptblätter des „Sächs. Landes-Anzeiger“ erscheinen (ohne dessen Extra-Beilblätter) auch in einer billigeren Sonder-Ausgabe als: „Chemnitzer General-Anzeiger“

für Chemnitz monatlich 40 Pf. frei ins Haus; außerhalb Chemnitz monatlich 50 Pf. mit Aufträgen. Postzettelnummern für 1891: Nr. 1315.

Anzeigenpreis: Stunde der Schuhfabrik Cervus (ca. 10 Seiten fassend) für in Sachsen wohnende Inserenten 15 Pf., für außerhalb Sachsen wohnende Inserenten 20 Pf. — Bevorzugte Stelle (Uspaltung Postzettel) 30 Pf. — Unter „kleine Anzeigen“ die Schuhfabrik Cervus (ca. 8 Seiten fassend) 10 Pf. — Anzeigen können nur bis Vormittag angenommen werden, da Abzug und Verbreitung der großen Auflage längere Zeit erfordern. — Die Anzeigen haben ohne Preisauflösung gleichzeitig Verbreitung durch den „Chemnitzer General-Anzeiger“ billigere Sonder-Ausgabe des „Sächsischen Landes-Anzeiger“ ohne dessen tägliche Extra-Beilblätter.

Drahtnachrichten unseres Anzeigers.

Vom 21. October.

Paris. Das Gouvernement hat einen Gesetzentwurf, betreffend die Taubenleibhaber- und Brieftaubervereine, ausgearbeitet, in der Erdnung, daß es bei der gegenwärtigen Sachlage im Kriegssinne gefährlich sein würde, Privaten den Gebrauch von Brieftauben zum Transport von Correspondenzen zu gestatten. Es werden Maßnahmen ergriffen werden auf Grund einer angestellten Untersuchung, welche ergeben hat, daß eine strenge gesetzliche Regelung nicht unterbleiben darf. Der Staat beabsichtigt, die Genehmigung zur Benutzung von Brieftauben, wann es ihm gefällt, zurückzuziehen.

London. Der Abgeordnete Graf Antonelli hat die Initiative zu einem anläßlich der Feier der silbernen Hochzeit des Königspaares zu veranstalteten Volksfest ergriffen.

New-York. Der ehemalige Präsident der Republik Nicaragua, Fernández Guzman, ist in Managua (Nicaragua) gestorben.

Barcelona. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Barcelona-Mitterhausen entgleisten sieben Wagen eines Personenzuges. Zwei Reisende sind leicht verletzt; der Materialschaden ist gering.

Emmerich. Die Steuerbehörde beschlagnahmte eine von London nach Berlin bestimmte Sendung sozialdemokratischer Schriften. Dieselbe wog 19 Kilogramm und war als Briefpapier declarirt.

Bürgerlicher Stolz.

Chemnitz, den 21. October.

In dem Prozeß Manchö, welcher sich in voriger Woche in Berlin abgespielt hat, sind betrübende Thatsachen in die Eröffnung getreten, Thatsachen, welche man im Deutschen Kaiserreich bis dahin kaum für möglich gehalten hätte. Es galt bisher als eine reine Pariser Eigentümlichkeit, daß sich Personen in Staatsstellungen vorsanden, welche für Geld die Vermietung von Orden und Auszeichnungen übernahmen, und nur ill-dies-los Ercheinung auch für die Hauptstadt des Deutschen Reiches festgestellt. Es mag wohl möglich sein, daß solche Dinge nicht zu häufig passiert sind; sehr ist sie mehr als einmal passiert, steht aber zweifellos fest, das steht der ganze Gang des Prozesses und verschiedener Einzelheiten, welche in demselben zur Ansicht gebracht wurden sind. Es ist nicht angebracht, solche Dinge einfach zu verbüthen, ihnen ein beschönigendes Mantelchen umzuhängen; was ist, das ist und muß auch beim rechten Namen genannt werden. Die Einzelheiten der Gerichts-Verhandlung müssten besonders am Kaiserlichen Hof sehr peinlich berühren; es ist aber an maßgebender Stelle für am besten und vortheilhaftesten gehalten, wenn die ganze Sache offen und ehrlich vor Gericht klargestellt wird, denn wenn man die Wiederkehr solcher Dinge verhüten will, gehäuft dies am besten durch unumwundene Klarstellung. Und nach dem Aussehen, welches dieser Prozeß erweckt, nach der Beweisführung, welche er allenfalls gefunden, wird sich kaum so bald eine Wiederholung ereignen. Weder werden beratige Vorschläge an Beamten herantreten, noch werden sich unter den Vögten Personen finden, welche solche Anträge entgegennehmen. Der Prozeß Manchö wird darum höchstlich eine Radikalrechte bedeuten.

Sche zu wünschen wäre es aber auch, wenn diese Verhandlung noch in anderer Richtung heilsam wirkt, wenn sie doch bestrebt, den Bürgerstolz, der jedem thüchtigen Mann so wohl aushält, zu trügeln und zu hären. Niemand wird leugnen können, daß in dieser Beziehung noch Menschen zu wünschen übrig bleibt, und wenn auch gegen widerwärtige Königtumsspitzen schwer anzukommen ist, wenn Schiedsschlüsse manchen Stolzen sicher deuten, als gerade erforderlich, so müßte doch der Bürgerstolz aufrecht erhalten werden, doppelt aufrecht heute in den Zeiten sozialer Bewegung. Selbstfertigung, wie sie in dem gefunden Bürgerstolz liegt, ist ein wichtiges Kampfmittel in dem sozialen Streit; wer da weiß, was er will, und alle Zeit dazu hat, der findet auch rechte Kraft, den Angriffen entgegenzutreten, welche diese Stellung beeinträchtigen wollen. Die Selbstfertigung und der Bürgerstolz sind auch die best. Gegner eines schleichenden Bedrohs, welches sich im deutschen Volkstheben wirklich eingeschistet hat, des unberechtigten Daniels, des Herabsehens auf Andere. Es ist das eine Schädigung, die sich gleichsam in der sozialen Bewegung bewirkt gemacht hat. Der Bürgerstolz ist erforderlich auch zum Gedanken des Bürgerstandes. Wer da immerfort den Kopf gedreht hält, der wird leicht übersehen, und daß das manchmal geschehen, beweisen die Klagen, welche aus dem Mittelstaat herauftreten. Herr bleibe unsrer Worte für alle Zeiten allendeutsche Liebebehauptung, aber jedem Bürger soll das Bewußtsein innewohnen, daß er ein Glied des Ganzen ist, so gut wie jeder Andere, gleichberechtigt in allen Dingen des öffentlichen Lebens. Dann wird ihm auch der freie Wille kommen, stets da seinen Mann zu ziehen, wo es gilt, für Deutschlands Einheit einzutreten, die nicht nur auf dem Schlachtfelde im Kriege, sondern auch im Frieden bei tausend Gelegenheiten vertheidigt werden kann, heute mehr denn je.

Dem um das Gemeinwohl verdienten Bürger versteht der Fürst des Landes Auszeichnungen, die aber ihrem Charakter gemäß nur wirklichen Verdienst zufallen sollen. Jeder Bürger, welcher eifrig um das Gemeinwohl besorgt ist, hat sein Verdienst, er hat aber auch nur, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist, er wird nicht für jede Kleinigkeit um einen Orden oder Titel beanspruchen. Der Bürgerstolz ist es, welcher vor Ailem lehrt, in der eigenen Tätigkeit befriedigung zu finden, und nicht in der Errichtung besonderer Auszeichnungen alleinigen Lebensgewiss zu suchen. Wir können auch gelobt sagen, daß diese Aussöhnung im deutschen Bürgerstande die weitverbreitete ist, und die Erfahrungen des Prozeßes Manchö können hieran

nicht ändern. Annahmen bestärken nur die Regel. Wir sagen heute: dem Verdienst seine Krone, aber es darf nicht allein im Hinblick auf die Errichtung anderer Auszeichnungen in jollem Sinne gearbeitet werden. Deutschland hat eine treue monarchische Bevölkerung; wir haben Tausende und Abertausende von Männern, die in schlichter geradliniger Weise das Größte thun, also Preisen mit ihrem Namen vermeiden, die den Lohn ihrer Arbeit in sich tragen. Das ist's, was wir Bürgerstolz nennen, von dem zu wünschen ist, daß er bei und ganz all' ewig werden möge. Wir stellen aber doch heute schon weit höher als die Franzosen, die sich keine Republikane nennen, deren heißer Wunsch aber rein äußerliche Auszeichnungen sind.

Der Prozeß Manchö hat Unerwünschtes gebracht, Dinge, von welchen, wie schon erwähnt, zu wünschen ist, daß sie sich in keine Richtung hin wiederholen würden. Da ist kein berglieger Abgrund zu erkennen, es handelt sich nur um ein Warnungszeichen für die Zukunft. Unsere Zeit erfordert von allen Bürgern hohe künstlichen Ehre und hohe Thatsatz, und diese können nur aus zielbewußtem Streben, Selbstachtung und Bürgerstolz entspringen. Jederneine Ehre und jedem sein Recht, nichts Anderes, und in der Ehre Höheres sehen, als Anerkennungen. Das erfordert die Zeit. Der Prozeß Manchö wird sicher die Folge haben, daß künftig bei der Verleihung von Orden und Auszeichnungen eine weitsichtige Vorprüfung eintrete, als bisher; die Hinterthüren für die bekannten, professionellmäßigen Ordensjäger werden sicher ganz fest abgeschlossen werden. Der Bürgerstand kann damit zufrieden sein, denn: dem Verdienste seine Krone, aber jedem seinen bürgerlichen Stolz.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 21. October 1891.

Deutsches Reich. In dem Neuen Palais bei Potsdam fand am Montag eine größere Abendgesellschaft statt. Um Dienstag Morgen 7½ Uhr unterwarf das Kaiserpaar mit dem Kronprinzen und Gefolge einen Spaziergang im Umgegend von Potsdam. Um 10 Uhr hatte der Kaiser im Neuen Palais eine Konferenz mit dem Reichskanzler u. Coepel und arbeitete von 11 Uhr ab mit dem Chef des Militärbüros, General-Wirknamen u. Hohenzollern. Um 12 Uhr Vormittags gewährte der Monarch dem Vorortwales Proktor Lenbach eine längere Sitzung und gleich nach 1 Uhr hatten zahlreiche Militärs zur Aufstellung verschiedene Meldeungen die Ehre des Empfangs. — Prinz Georg von Preußen ist in München an einer leichten Halstentzündung erkrankt und hat deshalb seine geplante Weiterreise nach Wien ausschieben müssen.

— Im Gegenseite zu Kopenhagener Nachrichten, welche meldeten, die Rückreise des Baronpaares nach Russland werde über Danzig erfolgen, behauptet die „Pol. Corr.“, die Reise werde über Berlin, Bromberg und Thorn angefahren werden.

— Aus Stuttgart kommt die Meldung, daß eine Erhöhung der Civilist des Königs von Württemberg geplant ist. Es finden aber erst die ersten eingehenden Feststellungen statt, so daß also eine Besoldung nicht allzuweit erfolgen wird.

— Eine Bisward-Behörde scheint im Reichstage in Sicht zu stehen. Die „Münchener Illg. Blg.“ hältt an die jetzt wieder entstandenen Erörterungen über die Entlassung des früheren Reichslandes die Bemerkung, daß in den letzten Tagen Mitteilungen aus parlamentarischen Kreisen an sie gelangt seien, welche eine Erörterung der anständigen Politik und ihrer verantwortlichen Leitung im Reichstage in jüherer Aussicht nehmen. Sollte von anderer Seite die gewünschte Erörterung nicht veranlaßt werden, so wird Herr Johann gen. direkt sein, eine Interpellation über die auswärtige Lage und die Verantwortlichkeit für die Entlassung des Fürsten Bismarck eingubringen. Die Antwort auf diese leichte Frage gibt schon die Reichsversammlung. Die Entlassung, rechte Befreiung des Reichskanzlers steht anschaulich dem Kaiser zu.

— Dem Bundesrathe ist ein Antrag Württemberg-Schwarzwalds, betreffend die Errichtung eines zweiten Schiedsgerichts der Bundesrepublik für die Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter des Großherzogthums Württemberg-Schwarzwalde, zugegangen. Der Geschäftsbetrieb bei dem bisherigen Schiedsgerichte in Schwarzwalde hat in den letzten beiden Jahren einen Umsatz angemessen, der über die ursprünglichen Erwartungen erheblich hinausgeht.

— Dem Bundesrathe ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, durch welchen der Bundestag ermächtigt werden soll, die Rechtsprechung der in Österreich geschaffenen Vereinshäuser unter Entbindung derselben zu dem Wertverhältnisse von drei Mark gleich einem Thaler anzusetzen.

— Die Kosten für die Festung Helgoland sollen sich, der „Woss. Blg.“ zufolge, angeblich auf 1000000 Mark belaufen. Die Begründung dieser Forderung wird dem Reichstag, wie es heißt, in Form einer Denkschrift unterbreitet werden. Bei der Feststellung des Festungsgeländes hat die Landes-Verteidigungs-Commission in hervorragender Weise mitgewirkt.

— General-Bentwaut Venze, kommandirender General des siebzehnten Armeecorps, ist unter dem 18. October zum General des Infanterie befördert. General Venze ist der erste bürgerlich-commandierende General der deutschen Armee.

— Bei Besprechung der Rede Vollmar's sagt die „A. B. B.“: Gegen eine Politik wie die Vollmar'sche sei vom parlamentarischen Standpunkt nichts einzurüsten. Die Sozialdemokratie werde den Reichstag nie beherrschen, könne aber ihre Machtposition noch sehr verstärken. So einseitig auch die Sozialdemokratie die Interessen der industriellen Arbeiter wahrnehme, so müßte doch anerkannt werden, daß eine starke sozialdemokratische Fraktion ein wohwendiges Produkt der sozialwirtschaftlichen Entwicklung sei. Selbst eine rücksichtslose Weltentmachtung jener Machtposition könne innerhalb der geistlichen Schranken von wohlthätigem Einfluß auf die Gestaltung jener Entwicklung sein.

— Hinsichtlich der Zuverlässigkeit- und Alter-Ver-

Donnerstag, 22. October 1891.

Der Sächs. Landes-Anzeiger ist für das Jahr 1891 eingetragen in der deutschen Post-Zeitung-Breitliste unter Nr. 5419, in der österreichischen unter Nr. 2540.

Für Abonnementen erscheint jährlich im Jahre 10 Mjlr. Beinhaltungsblatt (Vierteljahr).

Verlags-Anstalt:

Alexander Wiede
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Gremisch-Mühldorf Nr. 106.
Telegr.-Nr.: Landes-Anzeiger, Chemnitz.

nish zur Verhängung von Ordnungsstrafen übertragen worden. Einzelne Versicherungsanstalten hatten nun von dieser Befugniß gegen Arbeitsgerde Gebrauch gemacht, weil die Beitragsmarken in die Ausgangsstätten nicht in vorlauffender Weise eingeklebt waren, wie Solches im Geiste vorgeschrieben ist. Das Reichsversicherungsamt hat indessen entschieden, daß die Belehrung einer Strafe aus diesem Anlaß ungültig ist, weil das Gesetz zwar die erwähnte Vorschrift erkennt, aber für deren Nichtbefolgung eine Strafe nicht ausdrücklich festgesetzt hat. Außerdem stellt sich auch die Verhängung von Strafen in dem gesuchten Falle keineswegs als zweckmäßig dar, um die Belehrung der Vorschrift des Einlebens der Marken in vorlauffender Weise zu sichern. Mehr auszuführen würde es sich, wenn die Vorschriften der Versicherungsanstalten, bei es durch Verhüllung der Arbeitsbedenken, sei es in der Form einer selbst zu erlassenden Bekanntmachung, die Arbeitgeber auf die in Ried befindliche Vorschrift des Gesetzes in beschreibender Weise aufmerksam machen würden. — Diese Vorschrift ist eben äußerst unpraktisch. Jeder Arbeitgeber will doch natürlich für die Wohlen Marken sorgen, in welchen der Arbeitgeber bei ihm wirklich beschäftigt war. Alles Anderes ist wider- sinnig.

Oesterreich-Ungarn. Vor dem Schlusse der Landes-Anstellung in Prag haben die dortigen Behörden eine ganze Zahl von Ergebnißblättern an den Kaiser Franz Joseph gesandt. Wenn die Herren denselben Eifer bewiesen hätten, um den ersten Besuchimpfen von Deutschen in Prag durch die Tschechen ein Ende zu machen, so wäre es sicher besser gewesen. Hierüber aber ist gar kein Wort weiter verloren worden. — Die Kaiserin Friederich ist auf der Reise nach Italien mit ihrer jüngsten Tochter in Triest eingetroffen und wird dort einen längeren Aufenthalt nehmen. — Bei dem Jubiläum des 34. Infanterie-Regimentes, dessen Chef der deutsche Kaiser ist, hielt der kroatische Militär-Marsch Deines aus Wien eine Rede, worin er sagte: „Unsere beiderseitigen Heere sind mannsmäßig vereilt; nichts auf Erden kann uns trennen. Das ist jedem Soldaten in's Herz geschrieben“. — Im Kloster zu Weißerling, dem früheren Jagdschloß, in welchem der Kronprinz Rudolph seinen Tod fand, wurde am Dienstag die neuerrichtete Polizeiakademie eingeweiht. Kaiser Franz Josef wohnte selbst der Feier bei. — Die Parlamentsverhandlungen in Wien und Pest scheiterten ziemlich langsam vorwärts. Angesichts des im Anfang November erfolgenden Zusammentretens der Delegationen wird eine mehrwöchige Pause eintreten. — Als Nachfolger des Herzogs Wilhelm von Württemberg im Grazer Corpscommando gilt Fürst Windischgrätz, bisher Corpscommandant von Lemberg.

Italien. Es werden angebliche Beutekreise des italienischen Königtumss für das Häufige nach London und Peterburg angemeldet. Weisen ist zwar schön, aber das wäre doch etwas Vieles auf einmal. — Aufsicht der russischen Ausbildung bei der Insel Pantelleria ist ein Kriegsschiff vorhin beordert.

England. Die 3. Versammlung der nationalen Vereinigung wurde gestern Morgen in Kilkenny eröffnet. Eine große Menge hatte sich auf dem Bahnhof angesammelt, um O'Brien zu erwarten. Eine starke Polizeimacht war in Erwartung von Unruhen aufgetreten. Überall in der Stadt waren Plakate, mit einem breiten, schwarzen Rand versehen, angebracht, die an ihrer Spitze die Überschrift „Ermodet!“ trugen und in großer Schrift folgendes enthielten: „Männer von Kilkenny! Vergelt nicht, daß unser Führer ermordet wurde, vergelt nicht, daß O'Brien lag, Schichten werden nicht mit Baderstangen geschlagen.“ Die Aktion O'Briens wurde mit einem späteren Zug gemeldet.

Frankreich. Die französische Militärverwaltung hat ein Truppenkorps an die algierisch-marokkanische Grenze geschickt, um den Übergang marokkanischer Stämme, die untereinander Krieg führen, nach Algerien zu verhindern. Weißt will man auch noch mehr. — General Sansier hat angeordnet, daß die unter seinem Befehl stehenden Truppen, welche nicht an den letzten großen Übungen Theil genommen haben, ein dreitägiges Garnison-Maßdorf durchmachen sollen. — Die Budgetdebatte in der Deputiertenkammer hat den Finanzminister zu längeren Erklärungen über die französische Finanzlage veranlaßt, welche als sehr befriedigend dargestellt wird. Nicht alle Leute in Frankreich sind derselben Ansicht. — Verschiedene französische Bischöfe haben befürchtet, daß von der Regierung erlaubte Verbot weiterer Pilgerzüge nach Rom protestiert. In Paris ist man aber entschlossen, dem Verbot Gehör zu verschaffen. — Über einen neuen Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze bringen Pariser Zeitungen längere Berichte. Darnach droht dieser Tage ein als Wilderer bekannte Einwohner von Blaincourt (Arrondissement von Lunéville), Namens Marcal, bewaffnet auf deutsches Gebiet. Drei deutsche Soldaten bemerkten ihn und verbargen sich, um ihn festzunehmen. Da sie ihm nicht bewilligen konnten, gab jeder einen Schuß auf ihn ab. Marcal schrie auf das französische Gebiet zurück, wandte sich gegen die Soldaten und feuerte die zwei Schüsse seines Gewehres ab. Die französische Gendarmerie hat eine Untersuchung eröffnet. Marcal ist längst, aber es sind mehrere Zeugen gegen ihn vorhanden.

Niethland. Zur Erinnerung an den Sieg bei Navarin, in welchem die türkische Flotte vernichtet wurde, hat am Dienstag in Sevastopol der Stapellauf eines neuen schweren Panzer-Schiffes stattgefunden, welches den Namen „Navarin“ erhält. Das Schiff wird der Schwarzen-See-Flotte zugewiesen. — In Libau im Gouvernement Wilna hat eine große Feuerwehr stattgefunden. 400 Häuser sind dabei eingefärbt worden. — Der Blau, den Thronfolger mit einer griechischen Prinzessin zu vermählen, ist definitiv aufgegeben. — Man kann sich kaum einen größeren Gegensatz denken, als das Jubelgeschrei der russischen Presse über den „Erfolg“ der neuen Rüste, wobei sich der „Nord“ so weit versteigt, davon zu sprechen, daß die Beute Niethlands als Besiegte die Kosten ihrer Gegnerkost zu tragen haben, — und demgegenüber die fortgeführten Berichte der russischen Blätter über die Annahme oder Haengen-